

Ich glaube zu wenig an die Vernunft noch an irgendeine Philosophie der Weltgeschichte, um mich dem Fortschritt zu verschreiben. Doch ich glaube wenigstens daran, dass sich die Menschen über ihr Schicksal immer bewusster geworden sind. Wir haben unsere Lage keineswegs überwunden, aber wir erkennen sie besser. Wir wissen uns in Widersprüche verstrickt, doch wir wissen auch, dass wir diese Widersprüche ablehnen und alles daran setzen müssen, sie zu verringern. Unsere Lebensaufgabe besteht darin, jene Formeln zu finden, die die grenzenlose Angst der Freien mildern. Wir müssen das Zerrissene zusammenfügen, einer so offensichtlich ungerechten Welt die Vorstellung der Gerechtigkeit wiederbringen und den vom Unheil des Jahrhunderts vergifteten Völkern die Bedeutung des Glücks neu schenken. Es ist dies natürlich eine übermenschliche Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles.

Arbert Camus

Helmut Martens, Oktober 2020

Krise und ‚Normalität‘ – Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘ oder als Impuls neu und anders zu denken – ein Essay

I. Das Neue ist immer der unwahrscheinliche Fall, aber es ist möglich

Wir werden unsere gesamte Einstellung gegenüber dem Leben anpassen – im Sinne unserer Existenz als Lebewesen inmitten anderer Lebensformen. Slavo Zizek hat das Mitte März 2020 angesichts der anwachsenden Corona-Krise geschrieben. Dass das, was der Philosoph zuversichtlich prognostiziert, zunehmend zwingend die Herausforderung der Zeit ist, sollte unstrittig sein. *Wir werden unsere gesamte Einstellung gegenüber dem Leben also anpassen müssen – im Sinne unserer Existenz als Lebewesen inmitten anderer Lebensformen.* Man kann diesen so auch als die These zu einer zwingenden Herausforderung lesen. Wir haben nach allem, was wir über den Klimawandel wissen können, nicht mehr jene *lange Zeit*, die Albert Camus 1954 noch vor Augen hatte, als er in einem seiner Mittelmeer-Essays geschrieben hat:

Wir müssen das Zerrissene zusammenfügen, einer so offensichtlich ungerechten Welt die Vorstellung der Gerechtigkeit wiederbringen und den vom Unheil des Jahrhunderts vergifteten Völkern die Bedeutung des Glücks neu schenken. Es ist dies natürlich eine übermenschlich¹

¹ Oder man kann wie der Zukunftsforscher Matthias Horx fast schon euphorisch als Impuls für eine bemerkenswert optimistische Prognose, ja eines *Zukunftssprungs* ansehen. Im Blick darauf beendet er einen Artikel im März 2020 mit den Worten: *Vielleicht war der Virus nur ein Sendbote aus der Zukunft. Seine drastische Botschaft lautet: Die menschliche Zivilisation ist zu dicht, zu schnell, zu überhitzt geworden. Sie rast zu schnell in eine bestimmte Richtung, in der es keine Zukunft gibt, Aber sie kann sich neu erfinden. System reset. Cool down! Musik auf den Balkonen! So geht Zukunft.*

Aufgabe. Doch man nennt jene Aufgaben übermenschlich, die den Menschen lange Zeit kosten, sie zu erfüllen. Das ist alles.

Zizeks These sind in den folgenden Monaten zahllose unterschiedliche Einschätzungen in Bezug auf mögliche und realistische Entwicklungsperspektiven durch und nach Corona gefolgt. Auf einige will ich kurz eingehen. Die Auswahl, die ich dazu treffe, kann selbstredend nur selektiv sein. Es geht um einen groben Überblick. Anfang August 2020, also etwa fünf Monate nach dem offiziell verkündeten Ausbruch der Pandemie konnte man in der Presse zeitgleich höchst unterschiedliche Einschätzungen zweier prominenter Autoren lesen. Es sind dies zum einen die ausgesprochen optimistische Prognose des Philosophen Markus Gabriel und zum anderen die zutiefst nüchterne und eher skeptische Bestandsaufnahme unserer gegenwärtigen Lage seitens des Philosophen und Historikers Achille Mbembe.² Beide Lageeinschätzungen stehen in bemerkenswert scharfem Kontrast zueinander. Ehe ich auf einige weitere, eher sozialwissenschaftlich begründete Analysen zu sprechen komme, skizziere ich die Positionen der beiden renommierten Philosophen, und zwar zunächst unkommentiert, zur Illustration der Bandbreite der Debatte. Ich werde im Schlussteil dieses Essays auf beide Einschätzungen noch einmal zurückkommen und sie dann bewerten.

Gabriel vertritt angesichts der Reaktionen auf die Corona-Krise die These einer *welthistorisch höchste(n) Koordination der Gesamtmenschheit mit einem moralischen Ziel, die es jemals gab*. Er hält das für Deutschland mit wenigen, eher bescheidenen jüngeren Entwicklungen augenscheinlich zureichend belegt, nämlich: mit einem zunehmendem Bewusstsein für Alltagsrassismus,³ der Kritik an der Fleischindustrie

² *Markus Gabriel* versteht sich als Philosoph als Repräsentant eines *neuen Realismus*, und ich halte ihn vor allem erkenntnistheoretisch für höchst anregend und habe mich intensiv mit seiner Ausgangsthese auseinandergesetzt, der zufolge es für uns als erkenntnisfähige, aber auch irrumsanfällige Wesen *die Welt nicht gibt*, weil wie sie nie als Ganzes und gleichsam von außen in den Blick nehmen können (vgl. Martens 2020a). Er hat diese These seit 2015 in insgesamt drei Büchern, er spricht von einer Trilogie, systematisch weiter entfaltet. Zu Recht erfreut er sich mittlerweile einiger öffentlicher Aufmerksamkeit. In einem weiteren Buch *Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten* scheint er an die *etwas emphatischen* Schlussworte zum letzten Band seiner Trilogie anzuschließen. Einige Kernpunkte seiner politischen Argumentation angesichts der Corona-Krise, die er in diesem Buch entfaltet, habe ich dann am 05.08. in einem Interview in meiner Dortmunder Tageszeitung gefunden. Der Historiker und Philosoph *Achille Mbembe* hätte im Jahr 2020 die Ruhrtriennale eröffnen sollen. Er wurde nach seiner Einladung vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, des Antisemitismus bezichtigt, was heftige Proteste von hunderten von Wissenschaftlern zur Folge hatte. Seine Rede hat er schließlich Corona-bedingt nicht halten können. Sie wurde, ebenfalls am 05.08., in der SZ nahezu vollständig abgedruckt.

³ Diese Bewegung ist zwar durch ein für die US-amerikanische Polizeiarbeit eher normales Ereignis ausgelöst worden. Es mag aber sein, dass die zweifellos ungleiche Betroffenheit von der Pandemie, je nach sozialer Stellung oder ethnischer Zugehörigkeit, in den USA ein allgemeines Klima geschaffen hat, das erst den massenhaften Protest ausgelöst hat und deshalb diese Zuordnung zu den Folgen der Corona-Krise rechtfertigt.

und dem Eintritt eines ‚Over Tourism‘. Mit solchen Entwicklungen verknüpft er die Erwartung des Beginns eines *vorsichtigen Umbaus der Gesellschaft*, in Gang gesetzt dadurch, dass wir am Beginn einer *hygienisch ausgelösten Revolution* angekommen seien. Dieser Revolution, so lautet seine daran anschließende Forderung, *muss es gelingen, eine moralische Weltordnung in der Form des demokratischen Rechtsstaates umzusetzen*. Dies wiederum erfordere eine zweite Aufklärung, die *sich nicht* - wie die erste – *gegen jemanden (damals die Kirche und die Aristokratie), sondern an alle richte*. Das sei ein deutlicher Unterschied, eben ein *echter Universalismus*.

Mbembe hingegen argumentiert, dass wir *weit entfernt sind von einer internationalen, mit einem wirksamen Mandat ausgestatteten, solidarischen Ordnung, die die nationalen Souveränitäten transzendiert*. Ganz im Gegenteil *erlaube die Rückkehr zu nationalen Abschottungen (...) hier keine Hoffnungen* - auch wenn es in der Folge *ein zersprengtes Ganzes, ein Flechtwerk von Netzen, Fluten und Strömen* gebe, die *sich fortlaufend neu formieren, in unterschiedlicher Geschwindigkeit und auf vielfältigen Ebenen*. Diese nüchterne Einschätzung – sie erinnert an Camus Aufforderung, *das Zerrissene zusammenzufügen* - verbindet er mit der sicherlich zutreffenden Feststellung, *dass die Gesellschaft keine Autonomie an sich mehr hat. Sie ist schlicht ein Appendix des Marktes geworden*. Und dies sei *das große Dogma und die große Herausforderung*. Dies verbindet er mit dem weiteren Hinweis, dass die Sphäre der Wirtschaft, zumal die des Handels, historisch alles andere als friedlich gewesen sei. Darauf schließlich folgt statt der Forderung nach einer moralischen Weltordnung die Feststellung, dass mit Corona die *Gleichheit der Leben vor dem Tod*, die schon immer ein *Mythos* gewesen sei, noch krasser als nicht gegeben erkennbar werde – unter anderem als Folge davon, dass die Staaten Aufgaben zunehmend an Markt und Konzerne delegierten. Das schließlich mündet in die bittere Schlussfolgerung, dass heute *das Opfer* (von Menschenleben) verlange, *dass man zur Auszählung schreitet, dass man misst, die Leben wägt, und dass man sich derer entledigt, die offenbar nicht zählen*. Heute gelte *diese Politik des Plattmachens als Teil der normalen Ordnung, die man nicht mehr infrage stellt, so sehr versteht sie sich von selbst*. Dagegen argumentiert er dann Kantisch mit der These des nicht bemessbaren Wertes des menschlichen Lebens.

Soviel zur großen Spannweite prominenter, eher philosophischer Einschätzungen. Ob die Corona-Krise wirklich einen entscheidenden Impuls auslösen wird, ist aus Sicht anderer Beobachter mit sozialwissenschaftlichem Hintergrund eine durchaus offene Frage. Sie wird von verschiedenen Beobachter*innen unterschiedlich beantwortet. Der Blick auf einige Stellungnahmen und Analysen seit März 2020 zeigt das sehr deutlich.

Die Schriftstellerin und ehrenamtliche Verfassungsrichterin Juli Zeh betont früh nach Beginn der Corona-Krise, dass demokratische Politik *auch in Krisenzeiten nicht den Vorgaben von einzelnen Beratern folgen* dürfe, fordert den *wissenschaftlich fundierten Diskurs aller medizinischen Fachrichtungen* angesichts einer

Medienberichterstattung, *die Öffentlichkeit und die Politik vor sich her treibe*; und sie betont zu Recht, dass *„alternativlos“ ein anderer Begriff für „keine Widerrede“ und damit ein absolut undemokratisches Konzept sei*. Sie gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, dass *unsere Demokratie viel stabiler sei als wir manchmal meinen*, aber sie beklagt zugleich angesichts der Corona-Krise *eine Form von orientierungsloser Geringschätzung gegenüber unserer Verfassung*. Die kanadische Journalistin, Globalisierungskritikerin und politische Aktivistin Naomi Klein legt den Akzent darauf, dass *Katastrophen den Eliten eine Gelegenheit eröffnen, Beute zu machen*. Und Eva Illouz sieht in einer frühen Phase der Corona-Krise am Beispiel aktueller Entwicklungen in Israel *in Netanjahus Umgang mit der Krise ein Beispiel für genau so eine solche zynische Ausnutzung von Chaos und Furcht*. Der dauerhafte Ausnahmezustand, den Victor Orban zur selben Zeit in Ungarn mit Hilfe seiner Parlamentsmehrheit durchgesetzt hat, bedeutet das Ende der Demokratie. Er ist nach einigen Monaten wieder aufgehoben worden, wurde zwischenzeitlich aber mit einiger Sicherheit für zweifelhafte Zwecke genutzt – und die EU hat größte Probleme im Umgang mit der politischen Entwicklung in Ungarn.

Einschätzungen wie die oben genannten sind kurz nach Beginn der Krise getroffen worden. Etwa ein Viertel Jahr später sind wir noch nicht allzu viel klüger – nicht nur was die Bewältigung dieser menschengemachte Pandemie anbelangt, die – das ist die überzeugendste Erklärung - als zoonotische, vom Tier auf den Menschen übergesprungene Infektion zu erklären ist. Eine so entstehende Pandemie ist für die Experten jedenfalls absehbar gewesen. Die Corona-Krise bedeutet also: wir sind in der Tat auf einem weiteren Feld dabei, die biologischen Grundlagen unseres Lebens auf diesem Planeten weiter fortschreitend zu zerstören. Es mag sich ‚nur‘ um eine weitere Nische handeln, in der das geschieht, aber wir zerstören so einmal mehr das durchaus fragile Gleichgewicht der Biosphäre auf diesem Planeten, und somit auch die Nischen für viele andere Lebensformen auf ihm. Damit sind wir bei der Klimakrise angelangt.

Die Krisendebatten hingegen sind im Sommer 2020 - neben der stetigen Berichterstattung über den Fortgang der Pandemie - zunehmend auf die Frage gerichtet, wie die ökonomische Krise bewältigt werden kann, die von den Reaktionen auf deren erste Welle ausgelöst worden ist. Derweil zeigt eine drohende, im Herbst 2020 in vielen Staaten schon erkennbare ‚zweite Welle‘, dass wir uns längerfristig auf einen veränderten Alltag mit dem Virus einstellen müssen. Alle Daten sprechen im Sommer 2020 dafür, dass wir mit einer Weltwirtschaftskrise konfrontiert sind, die in ihren Dimensionen die von 1929 in den Schatten stellt. Die Wachstumseinbrüche im zweiten Quartal 2020 sind geschichtlich beispiellos. Staatliches Handeln ist gefordert - und es findet auch statt. Gewaltige Finanzmittel werden aufgebracht, um die Folgen des Lock down zu Überbrücken und dann im Zuge der Lockerung dieser Maßnahmen die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Doch wenn die zweite Welle wirklich kommt, könnten die Hoffnungen auf einen raschen Aufschwung der Wirtschaft auch rasch schwinden. Bei all dem sind wir von einem global abgestimmten politischen Handeln denkbar weit entfernt: Die Weltwirtschaft

entwickelt sich im Zeichen von Donald Trumps *America first* ja seit längerem schon auf einen zunehmend ‚wirtschaftskriegerischen‘ Protektionismus zu. Doch auch in der EU ist ein Minimalkompromiss zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten eher mühsam ausgehandelt worden. Schon das EU-Parlament kritisiert eine unzureichende Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und Innovation; und von Seiten der Ökologiebewegung fällt die Kritik, kaum überraschend, deutlich schärfer aus.

Als inzwischen schon etwas älterer Beobachter der schon seit längerem anhaltenden multiplen Krisenentwicklungen in den Feldern von Ökologie, Ökonomie und Politik mit ihren tiefgreifenden sozialen Spaltungsprozessen in der Folge⁴ darf ich also gespannt sein. Schon seit längerem bewege ich mich ja als Wissenschaftler nur noch am Rande des Wissenschaftsbetriebs; und auch meine Möglichkeiten, mich als Intellektueller in den derzeit ablaufenden Prozessen weiter zu Wort zu melden, nehmen trotz stetiger Anstrengungen hierzu eher ab. Gleichwohl gilt: Wir alle sind nicht nur Beobachter, sondern zugleich auch Akteure innerhalb der gesellschaftlichen Prozesse, die uns beunruhigen sollten. Darauf, dass wir in einer *beunruhigenden und unheimlichen Zeit* leben, hat zuerst der Filmemacher Alexander Kluge hingewiesen, als er vor bald vierzig Jahren vom *Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit* gesprochen hat. *Die Gegenwart bläst sich auf. Ohne die Vorgeschichte, die Zukunft und vor allem den Möglichkeitssinn gibt es aber keine Realität*, so heißt es in den Ausführungen der edition filmmuseum zu seinem Film, dessen ursprünglicher Titel lautet: *Die Unheimlichkeit der Zeit*. Wir sind daher angesichts eines scheinbar folgerichtigen Selbstlaufs der Zeit unter dem Vorzeichen gewissermaßen *losgelassener* Prozesse⁵ zum, Nachdenken und auch zum (Zusammen)Handeln herausgefordert. Auch wenn wir nach einem vor einigen Jahren von Immanuel Wallerstein verwendeten Bild in diesem Weltgeschehen als Einzelne nur marginal kleine Akteure sind, können wir uns vielleicht ja doch mit jenen Schmetterlingen vergleichen, bei denen man nicht wissen kann, welcher von ihnen am Ende den Wirbelsturm, oder aber den Klimawandel, auslösten könnte. Soviel zu diesem der Chaostheorie entlehnten Bild, das mich immerhin zu diesem Essay ermutigt.

Die Grundstrukturen einer in den vergangenen Jahrzehnten im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung werden im öffentlichen Diskurs bislang nicht grundlegend in Frage gestellt. Richtig dürfte jedoch immerhin sein, dass wir in dieser Krise Chancen

⁴ Siehe dazu unter anderem meine Buchveröffentlichungen aus den Jahren 2014, 2016 und 2020.

⁵ Von *losgelassenen Prozessen* hat Hannah Arendt in ihrem Denktagebuch gesprochen – und dagegen an der Möglichkeit des politischen Zusammenhandelns festgehalten. Joseph Vogl hat in seiner glänzenden Analyse *Das Gespenst des Kapitals* die Entstehung der Weltfinanzkrise von 2008 gezeigt, dass und wie in besondere die Finanzwirtschaft dadurch gekennzeichnet ist, dass in ihr die Zukunft immer schon verrechnet ist, sodass wir es mit gleichsam systemisch verselbständigten Prozessen zu tun haben – auch wenn die Krise dann bewiesen hat, dass zunehmend entfesselte Märkte angesichts einer geradezu *monströsen Ereignishaftigkeit* nicht sicher berechnet und beherrscht werden können.

haben, nicht ‚einfach‘ zur gewohnten Normalität zurückzukehren. Die Einschnitte, die die Krise erzwingt, sind so tiefgreifend, dass eine solche, durchaus nicht wünschenswerte Rückkehr zumindest sehr lange Zeit brauchen wird. Zunächst einmal aber zeigt sich - entgegen allen radikal systemtheoretischen Analysen -, dass der Primat der Politik sehr wohl noch gilt. Und die politischen Eingriffe, die gerade erzwungen werden, laufen in mancher Hinsicht quer zu bislang scheinbar unverrückbar feststehenden Überzeugungen, die seit einigen Jahrzehnten unser (Zusammen)Leben bis tief in die Poren des Alltags hinein geprägt haben. Gegen das so selbstverständliche *Ego – im Spiel des Lebens* gewinnen gerade Forderungen nach und Praktiken von Solidarität wieder ein wenig an Boden. Doch viel spricht auch dafür, dass die Handelnden im herrschenden Politikbetrieb sich von der Vorstellung leiten lassen, aus der Corona-Krise heraus zurück zu einer nur wenig modifizierten, sozusagen erneuerten ‚alten Normalität‘ gelangen zu können. Jedenfalls aber gilt: Zukunft ist offen. Nichts wendet sich von selbst zum Besseren. Es gibt auch Risiken einer weiteren Aushöhlung demokratischer Grundrechte.

Man kann nun, der Analyse folgend, die Ulrich Brand im Juni 2020 vorgelegt hat, fragen, ob ein *europäische(r) grüne(r) New Deal und ähnliche Initiativen ein eher liberales oder ein eher autoritäres Projekt eines grünen Kapitalismus stärken werden*, oder mit Klaus Busch dafür plädieren, dass ein europäischer *Wiederaufbaufond (...)* *den Weg in die Fiskalunion einleiten* müsse.⁶ Der Kompromiss, der im Sommer 2020 für die EU gefunden worden ist, weist jedenfalls noch kaum in diese Richtung. Öffentlich diskutiert werden derzeit weiterhin begrenzte Modifikationen des bisherigen Globalisierungsprozesses, wie etwa die Rückführung bestimmter pharmazeutischer Produktionen aus China und Indien in die westlichen Metropolen. Und daneben werden bei uns im nationalstaatlichen Rahmen die immer noch wirksamen Merkmale des ‚Rheinischen Kapitalismus‘ im Sinne einer neuerlichen Stärkung von Sozialstaatlichkeit im öffentlichen Diskurs positiver bewertet. Im Übrigen richten sich im Rahmen nationalstaatlich begrenzter Handlungsmöglichkeiten, je nach persönlicher Lage, hoffnungsvolle oder besorgte Erwartungen auf den nächsten Schub technologischer Innovationen im Zeichen von Industrie und Arbeit 4.0.⁷

II. Krise und Normalität - zur Debatte der politischen Linken

In Teilen der politischen Linken richten sich also gewisse Hoffnungen darauf, dass sich in der EU immerhin ein eher liberales Projekt kapitalistischer Modernisierung durchsetzen könnte. Für dessen Bewertung wird aber zugleich wieder Antonio Gramscis Begriff der *passiven Revolution* herangezogen. Das ist zweifellos Ausdruck der politischen Schwäche der politischen Linken – und leider auch durchaus

⁶ Beide Beiträge finden sich im Heft 7/2020 der Zeitschrift *Sozialismus*.

⁷ Zur Diskussion dieser arbeitspolitischen Zukunftsherausforderungen siehe zuletzt die Beiträge in Georg u.a. 2020.

realistisch. Zugleich laufen solche Debatten, worauf schon die Bezugnahme auf Gramsci hindeutet, aber auch darauf hinaus, nachzuweisen, dass sich auch am Beispiel der Corona-Krise einmal mehr zeigen lasse, wie überzeugend, und immer noch aktuell das begriffliche Instrumentarium der Kritik der politischen Ökonomie ist. So argumentiert zum Beispiel Christoph Lieber in diesem Zusammenhang ‚dass die menschengemachte Corona Pandemie als zwar atypische, weil in *abgeleiteten Lebensbereichen* ausgebrochene Krise, aber als solche eben doch als *gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Reproduktionsprozesses* einer globalisierten Ökonomie verstanden werden muss, *die sich gegeneinander verselbständigt haben*.⁸ Kenntnisreich führt er vor Augen, dass und wie die Corona-Krise im Kontext der Marxschen Analysen zu interpretieren ist. Die absehbaren Formen der Krisenbearbeitung laufen seiner Argumentation zufolge darauf hinaus, den Status quo ante als alte und zugleich neue Normalität wieder herzustellen. Dass uns deshalb, in den Worten Walter Benjamins droht: *dass es ‚so weiter‘ geht*, und dass eben dies *die Katastrophe (ist)*, wird so zu Liebers Kernthese. Geradezu kontrapunktisch dazu - aber nicht wirklich ermutigend, weil schwach begründet - endet sein Aufsatz mit einigen Überlegungen zu Herausforderungen an Gewerkschaften und politische Linke.

Nun ist, wie einleitend umrissen, der Übergang von den neuen, inzwischen alltäglichen Krisenerfahrung der Menschen zum ‚Kairos‘ eines Neubeginns in der Tat sehr unwahrscheinlich. Viel eher wird so das Neue in den gewohnten Alltag zu integrieren versucht – und zugleich richtet sich die Hoffnung der Menschen darauf, in nicht allzu ferner Zeit in diesen gewohnten Alltag zurückkehren zu können. Jedenfalls gilt das für die westlichen Metropolen. Es lohnt sich deshalb, genauer darüber nachzudenken, ob sich mit der Corona-Krise neue Ansatzpunkte für die Entstehung eines anderen, kritischen Bewusstseins finden lassen, die Möglichkeiten zur Entfaltung von längerfristigen Prozessen einer Art progressiver Transformation eröffnen. Doch die Eigenlogik der als systemisch geworden beschreibbaren *losgelassenen Prozesse*, von denen Hannah Arendt schon in den 1950er Jahren gesprochen hat, ist mächtig. Jegliche spezialdisziplinär begründeten Eingriffsversuche – nicht nur ökonomische, sondern zum Beispiel auch einseitig technikzentrierte – wären letztlich zu ‚kurzatmig‘. Wir müssten der Komplexität der von uns selbst *losgelassenen Verzehrungsprozesse* durch entsprechend komplexe Zugriffe entsprechen.⁹ Und bei einer so leicht hingeschriebenen Formulierung ist dann zu bedenken, dass es jenes kollektive „Wir“, von dem dann immer die Rede ist, empirisch zunächst einmal nicht gibt. Ein rasches Umsteuern, das Erfolgsaussichten haben sollte, wäre also nicht nur auf eine Bewerkstelligung entsprechender

⁸ Auch Liebers Beitrag findet sich in der Zeitschrift *Sozialismus*, Heft 6/2020.

⁹ Arendt verwendet diese Formulierung im Anschluss an ihre Überlegungen zur Grundlagenkrise der Physik in Eintragungen aus den 50er Jahren in ihrem *Denktagebuch*. Im Schlusskapitel von *Vita activa* entfaltet sie unter dem Gesichtspunkt, dass aus einer universalwissenschaftlichen Perspektive *alle menschliche Tätigkeiten (...) zu Prozessen werden*, eine entsprechende Argumentation.

multidisziplinärer Zugriffe angewiesen. Es wäre überhaupt nur denkbar, wenn eine Bündelung gesellschaftlicher Kräfte gelänge, die in der Lage wären, das kurzzeitig geöffnete Fenster der Gelegenheit für einen sich verbreiternden gesellschaftspolitischen Diskurs zu nutzen, aus dem heraus langfristige gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse erwachsen könnten, die dann dauerhaft von so etwas wie einem „Wir“ getragen würden, das nur aus einem zunehmend stärker vernetzten Zusammenhandeln von Vielen heraus entstehen kann.¹⁰

Das ist bislang leider nicht absehbar. Man kann sich in solcher Lage allerdings ziemlich sicher sein, dass ein nur geringfügig modifiziertes ‚Weiter-so‘ – sei es im Rahmen der liberalen, sei es in dem der autoritären kapitalistischen Variante - im herrschenden Politikbetrieb vor allem von immer neuen wissenschaftlich-technischen Fortschrittsversprechen flankiert werden wird. Es macht in diesem Zusammenhang Sinn, auf einen zutiefst skeptischen und eher konservativen Autor zu verweisen, dessen Bücher in den 1980er Jahren weltweit millionenfach verkauft worden sind, nämlich auf Stanislaw Lem. Der ist zu seiner Zeit als Technikexperte, ja Technikapostel weithin anerkannt gewesen. Wie er selbst gesagt hat, ist er philosophisch Schopenhauerianer¹¹ und als solcher den westlichen Demokratien gegenüber zutiefst skeptisch gewesen. Das ist sicherlich kritikbedürftig. Aber er hat doch in seinem technikzentrierten Blick schon um die Mitte der 1980er Jahre *eine wachsende Destabilisierung im Weltmaßstab* prognostiziert – unter anderem deshalb, weil die

bestehenden und praktizierten Technologien in erster Linie für die Bedürfnisse der in rasendem Tempo betriebenen Rüstung ausgebeutet werden und weil die diesen Wettlauf forcierenden Staaten ihre selbst auf militärischer Ebene schon archaische Souveränität erbittert verteidigen. Lem sah uns so gewissermaßen gefangen in der Höhle der Zivilisation.¹²

¹⁰ Es ginge also um das zunehmend solidarische Zusammenhandeln vieler auf Basis von kollektiven Lernprozessen. Konzeptionell – wie auch im Hinblick auf empirische Entwicklungen in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft nach der Weltfinanzkrise 2008 - habe ich mich damit, anknüpfend an Albert Camus in meinem Essay *Solidarität und Zusammenarbeit gegen das neoliberale Rollback Zur Aktualität und unumgänglichen theoretischen Refundierung einer alten Fragestellung* auseinandergesetzt (als Teil eines Buchmanuskripts noch unveröffentlicht). Als die nach wie vor grundlegenden historischen Analysen im Blick auf solche Prozesse sind die Arbeiten von Edward P. Thompson (1968) sowie Michael Vester (1975) zu nennen.

¹¹ Siehe dazu Sein Gespräch mit Stanislaw Beres über *Die Leidenschaft des Philosophierens* (Lem 1984).

¹² Siehe auch dazu das unter diesem Titel an gleicher Stelle veröffentlichte Gespräch mit Beres, dem die voranstehenden Zitate entnommen sind.

Dies allerdings ist ein Blickwinkel, den man als Gesellschaftswissenschaftler zurückweisen muss, weil man als solcher den *Prozess der Zivilisation*¹³ als einen Prozess noch nicht ausgeschöpfter Möglichkeiten unserer weiteren Menschwerdung im Blick haben wird.

Christoph Lieber hat also in einem bemerkenswerten Aufsatz danach gefragt, was uns die Kritik der politischen Ökonomie zur Corona-Krise sagen kann. Vorangestellt hat er seinem Text das bekannte Zitat Walter Benjamins, demzufolge gilt: *dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe*. Die absehbaren Formen der Krisenbearbeitung laufen seiner Argumentation zufolge darauf hinaus, den Status quo ante als alte und zugleich neue Normalität wieder herzustellen. Das und die offenkundige Schwäche der politischen Linken fordern zum Nach- und Weiterdenken heraus. Das Kernproblem ist ja, ob und wie man, anschließend an das vorangestellte Benjamin-Zitat, aus dessen Bemerkungen in seinem Passagenwerk– dort notiert unter *Erkenntnistheoretisches, Theorie des Fortschritts* – für uns Heutige nützliche Schlüsse ziehen kann. Benjamin schreibt dort, und Lieber zitiert ihn: *Die Katastrophe – die Gelegenheit verpasst zu haben; der kritische Augenblick – der Status quo droht erhalten zu bleiben; der Fortschritt – die erste revolutionäre Maßnahme*. Damit lauten die entscheidenden Fragen: laufen wir also heute Gefahr, angesichts der Corona-Krise eine Gelegenheit zu einem wirklichen, sozialen Fortschritt zu verpassen? Und wie ließe sich die Katastrophe vermeiden, von der Benjamin spricht?

Im Folgenden geht es mir darum, diesen Fragen nachzugehen. Ich werde dazu zunächst die Argumentation von Lieber in knapper Form nachzeichnen. Das führt mich zu einigen weiterführenden konzeptionellen Überlegungen. Von denen ausgehend komme ich zu dem Schluss, dass Liebers Frage nach den Herausforderungen für Gewerkschaften und politische Linke anders gestellt werden sollte. Weit davon entfernt, damit auch schon Antworten umreißen zu können, denke ich auf diesem Weg aber immerhin, einen Impuls für die vertiefende Erörterung der seit längerem immer wieder einmal aufgeworfenen Herausforderung zur Konstituierung einer neuen Mosaiklinken geben zu können.

III. Marxens ökonomische Analysen erweisen sich einmal mehr als fruchtbar – doch wie weiter?

Christoph Lieber argumentiert zunächst sehr überzeugend. Wir haben es mit einer menschengemachten Pandemie zu tun, also mit einer neuen sehr spezifischen Form der Reproduktionskrise des Kapitalverhältnisses deshalb, weil sie dieses Mal in abgeleiteten Lebensbereichen globaler Arbeitsteilung ausgebrochen ist. Wenn der große Skeptiker Stanislaw Lem vor bald 40 Jahren in dem schon zitierten Gespräch *In der Höhle der Zivilisation* gesagt hat: *Für mich unterliegt es keinem Zweifel, dass*

¹³ Die Analyse des philosophischen Reflexionen wenig zugeneigten Soziologen Norbert Elias unter diesem Titel, in dem ich oben das Wort Prozess hervorgehoben habe, kann hier als nach wie vor bahnbrechend gelten.

der langfristige Trend der Vertreibung des (!) Menschen aus zahlreichen Lebensnischen bereits begonnen hat und fortschreitet – wobei er sehr philosophisch von dem Menschen spricht -, dann bedeutet die Corona-Krise, wie in der Einleitung schon formuliert: Wir sind in der Tat auf einem weiteren Feld dabei, die Nische, die wir im Ergebnis des evolutionären Prozesses von Leben auf diesem Planeten mit unserer seit mehr als 100.000 Jahren währenden sozialen Evolution erobert haben, weiter fortschreitend zu verwüsten. Dabei zerstören wir zugleich das durchaus fragile Gleichgewicht der Biosphäre auf diesem Planeten, und somit auch die Nischen für viele andere Lebensformen auf ihm. Liebers Überlegungen führen so – und das ist dann auch der nächste Schritt in seiner Argumentation – weiter zur Klimakrise. In Bezug auf sie zeigt sich, dass eine ökonomisch verkürzte Krisenwahrnehmung und Bearbeitung keine nachhaltigen Lösungen produzieren kann. Es bedarf vielmehr, so schreibt er zutreffend, *letztlich auch eine(er) Thematisierung und Politisierung von Lebensweisen, von industriell erzeugtem Raffinement, gesundheitsschädlichem Überfluss und biopsychosozialen Reproduktionsnotwendigkeiten*.

Auch diese Argumentation ist schlüssig.¹⁴ Der Übergang von alltäglicher Krisenerfahrung der Menschen zum ‚Kairos‘ eines Neubeginns ist nun aber unwahrscheinlich, wie er im Weiteren überzeugend aufzeigt. Die Eigenlogik von als systemisch geworden beschreibbaren Prozessen, die mithin nicht mehr einfach veränderbar sind, ist mächtig. Jegliche aus einzelwissenschaftlicher Perspektive begründeten Eingriffsversuche – nicht nur ökonomische, sondern zum Beispiel auch einseitig technikzentrierte – wären, wie schon betont, letztlich zu ‚kurzatmig‘. Wir müssten der Komplexität der von uns selbst „losgelassenen Verzehrungsprozesse“ durch entsprechend komplexe Zugriffe entsprechen. Ein rasches Umsteuern ist also, wie schon gesagt, höchst voraussetzungsvoll. Das von Lieber verwendete Bild des Kairos kann hier leicht in die Irre führen. Es gibt selbstverständlich immer wieder historische Ereignisse, die so etwas wie ein Fenster der Gelegenheit öffnen können, das dann nur für begrenzte Zeit offen steht. Es gilt aber gerade dann, Impulse auszulösen, die mittel- und längerfristig angelegte Veränderungsprozesse in Gang setzen können. Den einfach beim Schopfe zu fassenden, sozusagen gebrauchsfertigen‘ revolutionären Augenblick hingegen kann es nicht geben. Die Revolution ist eher die *Notbremse* als die *Lokomotive des Fortschritts*.¹⁵ Die *erste revolutionäre Maßnahme im kritischen Augenblick* wäre also der Impuls in Richtung auf einen längerfristig umsteuernden Prozess. Sie kann damit aber kein Garant für eine tiefgreifende transformatorische Umwälzung sein, wie das Benjamins Formulierung vielleicht noch nahelegt. Lieber, der Benjamin ja aus dessen

¹⁴ Und dem durchgängigen Muster seiner Argumentation entsprechend führt Lieber Marx-Zitate an, die belegen, dass der zu seiner Zeit die ökologischen Risiken eines weiterhin *naturwüchsig voranschreitend(en) und nicht bewusst beherrscht(en)* Fortschreitens deutlich gesehen hat.

¹⁵ Auch dies ist eine Formulierung Walter Benjamins, gewendet gegen entsprechende Zitate von Marx und Lenin – und sehr deutlich in Übereinstimmung mit seinen eigenen Geschichtsphilosophischen Thesen (Benjamin 1940, oder auch dazu Werkmeister 1981,98-123).

Passagenwerk zitiert, mag das ebenso sehen: Doch er vertieft diesen Gedanken nicht weiter und lässt so Raum für Missverständnisse

Überzeugend zeigt Lieber allerdings, dass ein solcher Impuls gegenwärtig nicht auszumachen ist – jedenfalls nicht bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Vielmehr werde der öffentliche Diskurs in die – aus seiner Sicht gänzlich unzulängliche - Richtung einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft gelenkt. Es gehe also um die Rückkehr zu einer zu erneuernden, im Grunde der alten Normalität. In diesem Zusammenhang weist er zu Recht nachdrücklich darauf hin, dass gerade auch die Gewerkschaften in diesem Sinne agieren. Erinnerung sei an dieser Stelle an die öffentlichen Reaktionen auf einige Überlegungen des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert zum Stichwort *Demokratischer Sozialismus* Kühnert hatte ein knappes Jahr vor Corona auf entsprechende Fragen hin laut darüber nachgedacht, ob neben der (Rück)-Überführung von Mietwohnungen in öffentliches Eigentum auch in Bezug auf heutige Schlüsselindustrien ähnliche Überlegungen für einen Sozialdemokraten ernstlich erwägenswert sein könnten, wenn der alte Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus noch ernst nehme. Für den Mainstream der journalistischen Kommentatoren überschritt das die Grenze dessen, was im politischen Diskurs noch akzeptiert werden könne. Die öffentlich gewordenen Reaktionen von sozialdemokratischen Politikern, aber auch Gewerkschaftern und Betriebsräten aus der Automobilindustrie haben signalisiert, wie sehr heute in den Organisationen und Institutionen, die man als Ergebnisse oder auch ‚Reste‘ einer vergangenen alten Arbeiterbewegung ansehen kann, unsere heutige Gesellschafts- und Eigentumsordnung als geradezu ‚natürlich‘ angesehen wird. Dies zu erreichen ist einmal das erklärte Ziel deutscher Ordoliberaler gewesen.¹⁶ Eine Art ‚neoliberalen Einheitsdenkens‘ mag inzwischen Risse bekommen und Corona die Lage nochmals verändert haben. Doch den politischen Diskurs unserer Gesellschaft beherrschen entsprechende Vorstellungen nach wie vor weitgehend. Konzepte eines demokratischen Sozialismus müssten dagegen schon sehr grundlegend neu gedacht werden.¹⁷ Wenn und solange Überlegungen dazu als Versatzstücke alter Parteiprogramme erscheinen, oder auch nur so interpretiert und kritisiert werden können, haben sie keine Chance gegen rasch aufgerichteten Denkverboten.

Nachdem Lieber so, ganz und gar zutreffend, konstatiert hat, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich im Wesentlichen im Rahmen der von Ulrich Brand so bezeichneten liberalen Variante eines Grünen New Deal bewegen, der bei allen Modernisierungsbemühungen weit davon entfernt ist, Grundstrukturen der kapitalistischen Ökonomie in Frage zu stellen und so Chancen für eine wirklich

¹⁶ Siehe dazu Ralf Ptak (2006). Der Gründer der „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“ sah deren Ziel seit der Gründung 1953 darin, diese soziale Marktwirtschaft zu vollenden, *bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird.*

¹⁷ Für mich ist das ein Thema, das mich in den letzten Jahren fortgesetzt beschäftigt hat. Siehe dazu Martens 2018a, 2019 und 2020b.

nachhaltige Entwicklung zu eröffnen, kann er in seinen Schlussbemerkungen kaum überzeugen. Denn er weist am Ende seiner Argumentation eben den Gewerkschaften eine *entscheidende Rolle in der neuen Normalität* zu, nämlich die, eine *von allen getragenen Mobilisierungssprache* zu entwickeln. Und bezeichnender Weise nennt er hier die Gewerkschaften zuerst. Die politische Linke und weitere zivilgesellschaftliche Akteure fügt er danach nur noch additiv hinzu. Diese Hinzufügung verweist zwar darauf, dass er in langfristigen progressiven Transformationsprozessen denkt. Doch mit den Gewerkschaften enden seine Überlegungen eben *in der neuen Normalität*. Allerdings stellt er keine weiteren Überlegungen dazu an, wie denn unsere Gewerkschaften dann, wenn wir nach Corona in dieser neuen Normalität angekommen sind, jene *Mobilisierungssprache* entwickeln könnten, die endlich über sie hinaus weisen soll. Er bewegt sich so in einem impliziten und unbearbeiteten Widerspruch zu der von ihm in der gesamten vorherigen Argumentation so überzeugend stark gemachten Kritik der uns drohenden Normalisierungsperspektive, wie sie nicht zuletzt von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften voranzutreiben versucht wird.

IV. Weiterführende Fragen

Der Aufsatz von Lieber lässt mich also, so ist hier zunächst einmal festzuhalten, ein wenig ratlos und mit offenen Fragen zurück. Dass die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx eine der wenigen herausragenden ökonomischen, und zugleich sozialwissenschaftlich fruchtbaren, prognostisch starken Analysen ist – daneben wären acht Jahrzehnte später noch John Maynard Keynes *Allgemeine Theorie* sowie seine knappen Ausführungen zu den *ökonomischen Aussichten unserer Enkel* zu nennen – ist ja keine großartig neue Information.¹⁸ Wie aber angesichts einer sich abzeichnenden, und auf begrenzte Zeit hin vielleicht halbwegs erfolgreichen *passiven Revolution* eine neue, schließlich von gesellschaftlichen Mehrheiten getragene *Mobilisierungssprache* entstehen und welche, womöglich *entscheidende Rolle* die Gewerkschaften dafür spielen könnten, dazu bleibt mir der Autor jede Antwort schuldig. Aber immerhin, er gibt mir einen Impuls, selbst weiter zu denken.

In seinem Bemühen, immer wieder die Weitsichtigkeit der Marxschen Kapitalanalyse zu belegen, hat Lieber seine Normalisierungsperspektive im Zuge seiner konzeptionellen Überlegungen vor allem als eine zu kennzeichnen versucht, die den Interessen des einzelnen Kapitalisten entspricht. So zitiert er aus dem zweiten Band des Kapital: *es ist diese beständige Reproduktion derselben Verhältnisse, welche der einzelne Kapitalist als selbstverständlich, als unbezweifelbare Tatsache antizipiert.*

¹⁸ Siehe in diesem Zusammenhang Wolfs (2020a, 193), Ausführungen *Zum Stand der Debatte über die Marxschen Theorien im Kapital*, in denen er überzeugend zeigt, dass und inwiefern *Marx' Kritik der politischen Ökonomie durchaus als Durchbruch zu einer neuen Wissenschaft zu begreifen ist, welche an die klassische politische Ökonomie kritisch anknüpft, sie aber revolutioniert, d. h. ihr Gegenstandsfeld und ihre Methode radikal transformiert.*

Dass herrschende Eliten die als normal - oder auch ideologisierend als natürlich - erachteten Verhältnisse dann, wenn sie sich krisenhaft zuspitzen, auch durch strategisch gerichtetes Handeln neu zu befestigen suchen, ist ja sicherlich richtig – und soll wohl durch Liebers Hervorhebung akzentuiert werden. Entscheidend aber ist doch, dass die abhängig Beschäftigten und deren Gewerkschaften die Lohnabhängigkeit gleichermaßen als normal und alternativlos ansehen, weshalb die scheinbar selbstverständliche entscheidende Perspektive für sie derzeit darin besteht, eine solche Normalität von Erwerbsarbeit von Neuem sicherzustellen.

Institutionentheoretisch formuliert – und diese von konservativen Theoretikern elaborierte Perspektive ist hier durchaus erhellend – entsteht also im Ergebnis der *beständige(n) Reproduktion derselben Verhältnisse* eine nicht mehr hinterfragte Normalität für alle Gesellschaftsmitglieder. Cornelius Castoriadis hat in genau diesem Sinne Mitte der 1980er Jahre von *Gesellschaft als imaginärer Institution* gesprochen, als er mit seinem *Entwurf einer politischen Philosophie* versucht hat, gegen den falschen Schein erstarrter gesellschaftlicher Verhältnisse den aus seiner Sicht zutiefst revolutionären Gehalt der Marxschen Theorie von Neuem stark zu machen. Geradezu emphatisch hat er versucht, am Denken der radikalen jungen Hegel und Marx als Ausgangspunkt festzuhalten. Und bei diesem Versuch ist er über seine originelle Verknüpfung von Institutionentheorie und Psychoanalyse zu zutiefst grundlegenden Reflexionen gelangt.. Er setzt dabei ganz emphatisch auf die *Einheit von Aktion und Reflexion*, die er in rätendemokratischer Tradition am Beispiel der Ungarischen Revolution von 1956 exemplarisch vollzogen sah.¹⁹ Die Stoßrichtung des ehemaligen Trotzkiisten Castoriadis zielt hier also auf erstarrte spätstalinistische Herrschaftsverhältnisse, und er setzt auf den einmaligen revolutionären Akt. Das ist sozusagen im Blick zurück formuliert und jedenfalls im Hinblick auf die Komplexität heutiger Gesellschaften fragwürdig. Im Übrigen interessiert ihn die Marxsche Frage nach der Entfaltung der Potenziale Lebendiger Arbeit im Zuge des Fortgangs kapitalistischer Entwicklung und Umbrüche empirisch kaum. Ebenso verzichtet er auf eine Auseinandersetzung mit soziologischer Institutionentheorie. Vielmehr interessiert ihn in seinem *Entwurf einer politischen Philosophie*, so der Untertitel seines Buches; auf einer tiefer liegenden und somit höchst abstrakten Ebene, wie gesellschaftlich konstituierte Weltdeutungen, zustande kommen²⁰ - oder mit anderen Worten: er befasst sich mit der Frage Michel Foucaults nach dem Zustandekommen

¹⁹ In seiner Schrift *Die ungarische Quelle* (Castoriadis 2016) hat er diese späteren Interpretation der der ungarischen Revolution näher ausgeführt.

²⁰ Sie müssen aus seiner Sicht, so Castoriadis (1984), immer aus dem – nie auf einander zurückführbaren - Zusammenwirken von dem *gesellschaftlich Imaginären* der *instituierenden Gesellschaft* und dem *radikal Imaginären* der *Psycho-Soma-Einheit* hervorgehen. Man könnte hier auch argumentieren, dass das – ganz gegen seine eigene Intention - auf eine Analyse hinauslaufe, die das zutiefst konservative Theorem der Unverfügbarkeit von Institution zu bekräftigen scheint, das der konservative Institutionentheoretiker Arnold Gehlen behauptet. Siehe zur konstruktiv-kritischen Auseinandersetzung mit Castoriadis emphatischem Anknüpfungsversuch an den Hegelmarxismus, zumal im Hinblick auf die Komplexität moderner Gesellschaften, Martens 2020b, 117-146.

gesellschaftlicher Wahrheitsregime. Mit seiner grundlegenden Analyse gibt er uns so allen Anlass, darüber nachzudenken, wie man sich heute unter den Bedingungen absehbar weiter fortgesetzter krisenhafter Entwicklungen und im Zeichen einer fortgesetzten Globalisierung im neoliberalen Geist nach dem Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, die Karl Georg Zinn überzeugend nachgewiesen hat, die sukzessive Entfaltung systemtransformierender Reformen überhaupt vorstellen kann.²¹

Lieber argumentiert in seinem kurzen Aufsatz nicht auf solcher grundlagentheoretischen Ebene. Er verweist hingegen empirisch darauf, dass weitergehende Veränderungsimpulse historisch in Zeiten gesellschaftlicher Prosperität, bzw. einer Öffnung des sozialen Raums eher Chancen gehabt haben. So formuliert er als Fazit:

Die Macht der Kontinuität und Normalität nach geschichtlich vergleichbaren Einschnitten war immer wirkmächtiger als der Impetus zu größeren Veränderungen, nach dem ersten Weltkrieg bescheidene betriebliche Reformen, nach dem zweiten Weltkrieg Scheitern der ‚Arbeiterinitiativen‘, Kompromiss der ‚Great Compression‘, nach dem Ölpreisschock der 1970er Jahre oder der Finanzkrise 2008 so gut wie nichts Bleibendes.

Dies ist gewiss eine etwas vereinfachende Argumentation, denn die Novemberrevolution von 1918 machte nicht nur die Schwächen der damaligen Marxismen offenkundig, sondern sie führte immerhin auch in die erste deutsche Republik. Doch im Blick auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist das Argument wohl zutreffend. Ergänzend könnte man im Übrigen noch hinzufügen, dass für die gesellschaftspolitisch ja durchaus folgenreiche soziale Bewegung von 1968 ja gilt, dass für die die damalige Öffnung des sozialen Raums in hohem Maße förderlich gewesen ist.

Andererseits gilt aber auch, dass Krisenzeiten durchaus Erkenntniszeiten sein können, in denen mit solchen Erkenntnissen sehr wohl weitreichende gesellschaftspolitische Veränderungsimpulse fundiert und gestärkt werden können. Doch ist dies nur möglich, so Oskar Negt in einem etwas älteren Aufsatz aus der Zeitschrift Sozialismus,

wenn die Menschen Alternativen zum Bestehenden wahrnehmen. Wenn gewissermaßen eine Kraft oder Organisation vorhanden ist, die ihnen signalisiert, dass das Lernen aus der Krise Folgen haben könnte für die Bekräftigung dieser Alternative.

²¹ In *Arbeit und Demokratie* (Martens 2020b) habe ich mich deshalb neben Albert Camus, Hannah Arendt, Michel Foucault sowie Jürgen Habermas und der Frankfurter Schule als frühen wichtigen Kritikerinnen des Marxismus nach 1946 auch mit seinem Werk intensiv auseinandergesetzt – trotz seiner ungebrochenen Anknüpfung an hegelmарxistische Bezüge.

Und es gibt ja durchaus historische Beispiele, auf die man in diesem Zusammenhang verweisen kann. Der amerikanische New Deal wäre da zu nennen, und es wäre dazu auf die Analyse von Jörg Roesler zu verweisen, die der 2010 nach der Weltfinanzkrise vorgelegt hat. Darin hat er überzeugend gezeigt, dass und weshalb der New Deal als *progressive Krisenüberwindungsstrategie* gegenüber konservativen oder von vorneherein offen transformatorischen Strategien mehrheitsfähig werden und erfolgreich sein konnte – und dass er dabei *durchaus Ansätze enthielt, nicht nur den Marktradikalismus zu überwinden, sondern auch über den kapitalistischen status quo ante hinauszugehen*.

Zwar ist der New Deal nicht zum Beispiel *für den Weg in eine solidarische Wirtschaft* geworden; der *Tipping-Point* für die Weiterentwicklung einer *Mixed Economy auf kapitalistischer in eine solche auf sozialistischer Grundlage* wurde nicht erreicht, wie Rösler schreibt – und er weist auf Gründe dafür hin. Doch wichtig ist hier für meinen Argumentationszusammenhang, dass es damals, in den Worten Negts, zunächst einmal gelungen ist, *Alternativen zum Bestehenden* kenntlich zu machen, die im Blick auf die durch die Krise erschütterten, aber nach wie vor wirksamen institutionell befestigten Orientierungen der Menschen anknüpfungsfähig waren. Das heißt also, wiederum in den Worten Negts:

Wenn die Gewerkschaften keine politische, kulturelle und moralische Alternative zum bestehenden System sichtbar machen, dann können an die krisenhafte gesellschaftliche Situation auch keine Lernprozesse anknüpfen, obwohl viele Menschen durchaus von deren Notwendigkeit überzeugt und keinesfalls gleichgültig gegenüber dem Ausbleiben eigener wie gesellschaftlicher Lernprozesse sind.

Lieber verweist nun für die gegenwärtige Lage zutreffend darauf hin, dass zum Beispiel die IG Metall mit aller Kraft auf das ‚Hochfahren‘ der *Automobilindustrie* gesetzt hat, also auf einen *Neustart nach dem Lockdown*, der auf die weitere Verstetigung des deutschen Exportmodells zielt. Rückkehr zum status quo ante also. Vor zehn Jahren gab es nach der Weltfinanzkrise von 2008 noch eine kurze gewerkschaftliche Debatte über einen *Kurswechsel für Deutschland*, die der damalige IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber angestoßen hat. Sie fand allerdings mit dem Kurswechselkongress vom Dezember 2012 rasch ihr Ende, weil sichtbar wurde, dass die deutsche Exportindustrie zu den Gewinnern der Weltfinanzkrise gehören würde.²² Heute erleben wir einen augenscheinlich noch deutlicher ausgeprägten Pragmatismus, der in der Tat wesentlich auf die Wiederherstellung früherer Sozialstaatlichkeit zielt.²³ Auch noch nach weit über dreißig Jahren eines

²² Siehe hierzu Huber 2010 und IG Metall 2013, Zur Debatte um eine *neue Wirtschaftsdemokratie*, mit der das *Forum neue Politik der Arbeit* damals unter anderem hier anzuknüpfen suchte, siehe auch Martens 2018a.

²³ Hans-Jürgen Urban (2020, 40f)) betont allerdings, dass die die IG Metall hier sehr wohl *den Versuch einen Brückenschlags zwischen (...) Konjunkturpolitik durch Nachfragestimulierung und Strukturpolitik durch eine auf CO² –Reduzierung konditionierte Kaufprämie* unternommen habe. Er muss aber einräumen, dass der *unverzichtbare*

neoliberalen Rollbacks und angesichts von multiplen Krisenentwicklungen, die sich erkennbar weiter aufürmen, sind unsere Gewerkschaften nach ihrem vorherrschenden eigenen Selbstverständnis vor allem konstruktiv-kritischer Teil der bestehenden Ordnung – und stecken wohl auch aus diesem Grunde in einem ganz eigenen *gewerkschaftlichen* „Gefangenendilemma“ fest, das sich nicht einfach aus den Risiken massiver Mobilisierungsstrategien erklären lässt, die Reste institutioneller Macht gefährden könnten.²⁴ Es mangelt vielmehr auch am Bewusstsein über das Ausmaß der anwachsenden Risiken und an eigener Arbeit, und an flankierender wissenschaftlicher und intellektueller Unterstützung für Zielvorstellungen, die möglichen Konturen einer Alternative hinreichend deutlich und die Frage nach realistischen Zwischenschritten möglich machen könnten.

Schon in seiner Analyse der Entstehung der ersten englischen Arbeiterbewegung und des Scheiterns ihrer sozialrevolutionären Vorstellungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – sehr wohl aber des Erfolgs der Errichtung relativ stabiler gewerkschaftlicher Strukturen – hat Michael Vester in seiner Analyse *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess* geschrieben, dass

die Fremdheit der neuen Verhaltenszumutungen(...) erklären (mag), warum die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen die große utopische Alternative viel deutlicher erkannte als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und als sekundäre Teilhaber des industriellen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt wurden.

Im Maße, wie diese herrschenden Ordnungen in der Form repräsentativer Demokratien demokratischer geworden sind, zumal in Gestalt der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien, sind unsere Gewerkschaften auch immer mehr Teil der herrschenden Ordnung geworden – also gewissermaßen auf deren ‚Normalität‘ institutionell festgelegt.²⁵ Demgemäß sind entscheidende erste Veränderungsimpulse von ihnen kaum zu erwarten. Wie wünschenswert auch immer es wäre, dass sie den Zusammenhang von *Arbeit und Demokratie* offensiv zum gesellschaftspolitischen Thema machten, und wie sehr auch immer es darauf

ökologische Mehrwert ihres primär beschäftigungspolitisch motivierten Vorschlags nicht *belastbar nachgewiesen* werden konnte.

²⁴ Ich habe in einem Aufsatz im *Sozialismus* argumentiert, dass die Sorge um den möglichen Verlust verbliebener Reste institutioneller Macht die IG Metall daran hindere, ihre Beteiligungskampagnen wie *besser statt billiger* von einer Flucht nach vorne, so Steffen Lehndorff (2012), zu einem strategisch offensiven Mobilisierungskonzept weiterzuentwickeln (Martens 2018b).

²⁵ Naheliegender Weise waren solche Entwicklungen dann nicht vorrangiger Gegenstand der Analysen von Sozialwissenschaftlern, die sich als Intellektuelle gewerkschaftlich und auf Seiten der politischen Linken engagiert haben. So hat Theo Pirker (1960) in seiner kritischen Analyse der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften von 1945 bis 1960 noch von der *Blinden Macht* gesprochen, während Michael Sceplabi (1973) zu Beginn der 70er Jahre ganz nüchtern ihr Angekommen-sein in der neuen Bundesrepublik in seiner Analyse ihres veränderten Gesellschaftsbildes konstatiert.

ankommt, dem als Intellektueller wissenschaftlich und philosophisch zuzuarbeiten²⁶ – gerade angesichts der weiter voranschreitenden ökologischen Krisenentwicklungen – ,wäre es nach aller historischer Erfahrung wohl vermessen zu erwarten, dass sie sich heute an die Spitze eines Ausbruchs aus den herrschenden Normalitätsvorstellungen stellen könnten. Gleichwohl sind und bleiben die Gewerkschaften für *eine sozial-ökologische Reformallianz*, wie sie Hans-Jürgen Urban immer wieder fordert, unverzichtbar. Aber völlig zu Recht, weist Urban darauf hin, dass es dann einer *reflektierten Bündnis-Toleranz* bedürfe, einer Toleranz, die freilich *das gemeinsame Ziel der sozial-ökologischen Transformation und des Übergangs zu einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell nicht konterkarieren* dürfe.

Zu fragen wäre deshalb zunächst einmal nach den gesellschaftlichen Kräften, die der Rückkehr zu einer erneuerten alten Normalität heute tatsächlich entgegenstehen – und die miteinander verknüpft gedacht werden müssen, damit sie auch real in einem entsprechenden Zusammenhandeln zunehmend größere gesellschaftspolitische Wirksamkeit entfalten können.

- Zu denken ist da zunächst an die Ökologiebewegung, die im Jahr vor Corona mit *Fridays for Future* eine höchst bemerkenswerte gesellschaftliche Resonanz erreicht hat. Corona ist ja als *menschengemachte Pandemie*, also als *zoonotische, vom Tier auf den Menschen übergesprungene Infektion*, nicht einfach eine Naturkatastrophe, sondern selbst ein weiterer Ausdruck der Klimakrise, der Zerstörung des fragilen Gleichgewichts unserer Biosphäre, der Zerstörung von Lebensnischen – nicht nur der vieler unserer Mitgeschöpfe, sondern auch unserer eigenen. Lieber spricht in diesem Zusammenhang völlig zu Recht von *Prozesse(n) exponentieller Verdichtung von Raum und Zeit auf Basis permanenter kapitalistischer Produktivkraftsteigerung*.²⁷
- Mit der Corona-Krise steht die drohende Klimakrise seit einigen Monaten nicht mehr im Zentrum öffentlicher Debatten. Andere sehr unmittelbar drohende Risiken beschäftigen die Menschen – und die mediale Öffentlichkeit widmet der Corona-Krise ungleich mehr Aufmerksamkeit als sie der drohenden Klimakrise je gewidmet hat. Doch die Ökologiebewegung ist ja keineswegs verschwunden. Sie hat sich vielmehr im Herbst 2020 von Neuem sehr deutlich öffentlich zu Wort gemeldet. Und nun dürfte die Aufwertung von Wissenschaft

²⁶ Die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson (2019) hat dem mit ihrer Kritik der *privaten Regierung*, mit der *Arbeitgeber über unser Leben herrschen*, einen wichtigen Impuls gegeben, auch wenn ihre Reformüberlegungen sich im Blick auf die USA mit der konstitutionellen Einschränkung solcher Herrschaft nach dem Modell der deutschen Mitbestimmung bescheiden. Zu Bemühungen, diese Debatte im Blick auf die deutsche Wirklichkeit aufzugreifen siehe Martens 2020 oder auch Bergmann u.a. 2019.

²⁷ Ich habe weiter oben auf Hannah Arendts Charakterisierung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes – im Kontext eines *naturwüchsigen*, oder *als Ganzes ungeplant(en)* zivilisatorischen Prozesses (Elias 1980, 313) – als eines *losgelassenen Verzehrungsprozesses* verwiesen. An anderer Stelle spricht Arendt (1998,482f) schon vor etwa fünfzig Jahren gleichermaßen von einem raum-zeitlichen Zusammenziehen unserer Welt. Siehe dazu, philosophisch vertiefend reflektiert, auch Martens 2017.

in einem durch die Pandemie verunsicherten Politikbetrieb es in der Zukunft für eben diesen Politikbetrieb ungleich schwerer machen, gut fundierte wissenschaftliche Befunde zum Klimawandel weiter zu ignorieren, nachdem sie in der Corona-Krise dem tastenden Suchen einer anderen Spezialwissenschaft – unvermeidlich, denn es geht um ein neues und unbekanntes Phänomen, zu dem erst einmal geforscht werden muss – brav hinterhergelaufen ist. Man darf sicher sein, dass die Ökologiebewegung angesichts der infolge stets neuer Umweltkatastrophen immer klarer erkennbar nahenden Klimakrise weiter an Stärke gewinnen wird - und dass sie ihrer Forderung, wissenschaftliche Ergebnisse, die ja zunehmend beunruhigender auf drohende Tipping-Points verweisen, endlich ernst zu nehmen, danach erhebliches zusätzliches Gewicht geben können wird.

- Hinzuweisen ist ferner auf die in jüngster Zeit außerordentlich breit zustande gekommene Bewegung gegen Rassismus. Hier ist offenkundig ein Ereignis, das zum normalen Alltag US-Amerikanischer Polizeiarbeit gehört, ganz überraschend zu einem Funken geworden, der eine Bewegung weit über die Grenzen der USA hinaus ausgelöst hat, die tatsächlich ein tiefgreifendes Veränderungspotenzial freisetzen und zugleich eine starke Kraft gegen den derzeit noch wuchernden Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus zu entfalten verspricht. Man mag in diesem Zusammenhang vermuten, dass für *Black lives matter* als Kontext auch die Corona Pandemie eine Rolle spielen könnte, weil von den Folgen dieser Pandemie wiederum sozial oder ethnisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen überproportional betroffen sind. Das ist zwar spekulativ, aber es verweist auf Möglichkeiten, Verknüpfungen herzustellen.
- Eng benachbart zu dieser Bewegung gegen Rassismus ist die in Deutschland 2015/16 zunächst ja bemerkenswert große Welle von Solidarität mit den vor allem im nahen Osten, aber auch in Afrika heimatlos gemachten Menschen, die nach Europa drängten. Als *Flüchtlingskrise* war diese Entwicklung dann zwar ein ganz wesentlicher Impuls für ein massives Anwachsen von Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Deutschland; und der herrschende Politikbetrieb hat danach einmal mehr Normalisierung im Wege von Eindämmung betrieben. Aber die Ursachen des Problems werden weiterhin allenfalls in äußerst schwachen Ansätzen angegangen – und auch in keiner Weise hinreichend öffentlich benannt. Die Zahl der Menschen, die auf der Flucht sind, ist seither von 60 auf 80 Millionen angewachsen – und im Falle einer ungebremsten Fortsetzung der Klimakrise wird sich all das bestenfalls als eine Art ‚Vorspiel‘ zu den ‚Völkerwanderungen‘ erweisen, die sich abzeichnen.
- Eine ganz wesentliche Ursache für die wachsenden Flüchtlingsströme liegt zweifellos nicht nur in der im neoliberalen Sinne immer weiter forcierten Globalisierung, die also vom Interesse an einer stetigen Steigerung des Shareholder Value der Konzerne in den Metropolen getrieben und somit allenfalls höchst nachgeordnet auf eine industrielle, geschweige denn

nachhaltige Entwicklung des globalen Südens ausgerichtet ist. Sie liegt vielmehr zunehmend auch in der Entwicklung neuer Geopolitiken von Weltmächten oder auch regionalen Großmächten, denn diese wird immer wieder auch mit militärischen Mitteln betrieben, woran wiederum die Rüstungsindustrie in den Metropolen gut verdient. Eine neue Friedensbewegung, die sich gegen die im Zeichen neuer Geopolitiken der Großmächte wie auch einiger Schwellenstaaten neu entfachten Rüstungsspiralen wendet, wäre mithin von großer Dringlichkeit – und ebenso ein unverzichtbarer Teil eines Mosaiks progressiver Politikansätze, an dem zu arbeiten ist.

- Ebenso gehen auch von der Frauenbewegung, zuletzt im Zeichen von *me too*, immer wieder Impulse aus, die das gerade wieder anwachsende autokratische Elend unseres von seinen Anfängen an zutiefst patriarchal-herrschaftlich geprägten Zivilisationsprozesses, besser auf den Punkt zu bringen erlauben. Die vor allem von Frauen getragene Bewegung gegen die autokratisch-diktatorische Herrschaft Alexander Lukaschenkos in Belarus gehört hier in durchaus ermutigender Weise in einen etwas weiter gefassten Zusammenhang.²⁸

In Bezug auf alle diese Felder gibt es politische Initiativen und zum Teil starke, oder gerade neu erstarkende soziale Bewegungen. Ihnen allen arbeiten Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Spezialdisziplinen zu, die in unterschiedlicher Weise miteinander vernetzt sind. In einzelnen Disziplinen, etwa unter den Klimaforschern oder in der Genderforschung, sind gesellschaftskritische Diskurse dominant. In anderen sind sie eher peripher – etwa in der Ökonomie, deren ‚normales‘ Funktionieren jedoch aufgrund der inneren Widersprüchlichkeit der Globalisierung in neoliberalen Geist immer wieder neu in Frage steht. Nach der Weltfinanzkrise 2008 hat kaum ein Autor diese Widersprüchlichkeit pointierter herausgearbeitet als Joseph Vogl, wie seinerzeit sogar das Feuilleton der FAZ eingeräumt hat. Er hat gegenüber den Erwartungen der monetaristischen Ökonomie an ihre immer besser mathematisierbare Wissenschaft, die weiter entfesselte Marktprozesse doch wieder beherrschbar zu machen verspricht, die *wilde Zufälligkeit* der realen wirtschaftlichen Prozesse hervorgehoben, die *von einer launischen oder monströsen Ereignishaftigkeit* gekennzeichnet sind. Angesichts der Weltfinanzkrise hat er im Blick auf herrschende ökonomische Lehre von einer *Oikodizee* gesprochen. Damit die wirklich breit erkannt wird, ist zweifellos weitere wissenschaftlich fundierte Aufklärungsarbeit erforderlich. Da der herrschende Politikbetrieb aus der Weltfinanzkrise bislang nur wenig gelernt und tiefgreifende Eingriffe in eine zunehmend systemisch verselbständigte Finanzwirtschaft vermieden hat, können wir aber inzwischen wissen, was weiterhin auf uns zukommt. Jedenfalls dürfte die ökonomische Entwicklung, ebenso wie die herrschende ökonomische Lehre durch

²⁸ Auch die im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA bekannt gewordenen Veränderungen in den Orientierungen von Wählerinnen in den Suburbs könnte man hier anführen.

krishafte Entwicklungen immer wieder neue ‚Störungen‘ erfahren – so wie das nun im Falle der Corona-Pandemie mit den darauf reagierenden sozialen Bewegungen in *abgeleiteten Lebensbereichen* geschieht. Die ökonomischen Krisenfolgen scheinen derzeit ja sogar die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu überbieten.

Eine kritische Wissenschaft, in der die Wissenschaftler*innen aus natur- wie auch gesellschaftswissenschaftlichen Spezialdisziplinen ihre Wissenschaft als Wissenschaft nicht nur über die oder in der, sondern für die Gesellschaft betreiben wollen, wird hier in einem zunehmend ökonomisierten Wissenschaftsbetrieb um gesellschaftliche Anerkennung kämpfen müssen.²⁹ Sie sollte dabei verstärkt auch einen transdisziplinären Blick entwickeln, der darauf gerichtet ist, den inneren Zusammenhang ihrer jeweiligen wissenschaftlich begründeten Argumentationsketten im Wege einer fundierten Herrschaftskritik sichtbar zu machen³⁰ – also einer Kritik der bis auf den Tag zutiefst herrschaftlich geprägten grundlegenden Mechanismen unseres zivilisatorischen Prozesses.

V. Abschließende Bemerkungen

In der aktuellen Debatte über mögliche gesellschaftspolitische Folgen der Corona-Pandemie begegnen einem höchst unterschiedliche Positionen. Das ist nicht überraschend. Zum einen bringt eine Krise immer Risiken und Chancen mit sich. Zum anderen ist die Corona-Krise nach fast vier Jahrzehnten eines neoliberalen Rollbacks angesichts dessen im letzten Jahrzehnt mit vollem Recht zunehmend von multiplen Krisenentwicklungen die Rede ist, in vielerlei Hinsicht wirklich tiefgreifend. Sie schafft neue Risiken – und sie wirft ein neues Licht auf die vorausgegangenen Krisenentwicklungen, die eben nicht bewältigt, vielmehr durch das Leihen von Zeit in die Zukunft hinein verschoben worden sind. Ein Schwerpunkt der Debatten innerhalb der politischen Linken liegt folgerichtig auf der Frage, ob sich mit der Corona-Krise ein Fenster der Gelegenheit für tiefgreifende gesellschaftspolitische

²⁹ In den letzten Jahren ist von einigen prominenten Kolleg*innen (Aulenbacher u.a. 2017) das Konzept einer *öffentlichen Soziologie* entwickelt worden. Die Unterscheidung von Wissenschaft in der, über die oder für die Gesellschaft stammt von den Initiatoren dieser durchaus bemerkenswerten Debatte. Ich habe mich damit in einem Essay auseinandergesetzt, der auf meiner Homepage eingestellt ist (Martens 2018c).

³⁰ Wolf (2020a, 184) betont, *dass Marx Begründung der Kritik der politischen Ökonomie als einer neuen Wissenschaft auf dem Feld von Geschichte und Gesellschaft vor der Aufteilung eben dieses Feldes in Einzeldisziplinen gelegen hat* und argumentiert dann weiter, dass die *Durchsetzung* und, national durchaus unterschiedliche (siehe Wallerstein 1996), *institutionalisierung der Einzelwissenschaften von eben diesem Feld – als Konstellation von Ökonomie, Soziologie und Psychologie, von Ökonomie, Soziologie, Staatswissenschaft/Politikwissenschaft oder auch von Ökonomie, Soziologie und Anthropologie – auch als Durchsetzung wissenschaftsförmiger Ideologien gegen die Durchsetzung von Marx' wissenschaftlicher Revolution* interpretiert werden könne. In diesem Sinne wäre dann auch Immanuel Wallersteins Aufforderung – formuliert im Zusammenhang seiner Arbeit als Vorsitzender der *Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften* – zu verstehen, man müsse *die Sozialwissenschaften kaputtdenken*.

Veränderungen öffnen könnte, oder ob nicht viel eher damit gerechnet werden müsse, dass es im Sinne von Gramscis Begriff der *passiven Revolution* am Ende zu einer Art neuer Normalisierung kommen wird.

Ich gehe davon aus, dass uns die Krise noch lange beschäftigen wird. Die wissenschaftliche Analyse des Virus steht immer noch eher am Anfang. Gegen ihn einen sicheren Impfstoff ohne problematische Nebenwirkungen zu finden, sofern das überhaupt gelingt, wird nach allen Erfahrungen von Virologen einen Zeitraum erfordern, bei dem in Jahren gerechnet werden muss. Derzeit werden größte Anstrengungen unternommen, dieses Mal schneller zu sein. Optimistische, und vielleicht auch realistische Annahmen gehen davon aus, dass ein erster Impfstoff schon im Frühjahr 2021 vorliegen könnte; doch sicher ist das keineswegs. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Essays mehren sich aber auch Anzeichen, die dafür sprechen könnten, dass in einigen europäischen Ländern mit einer zweiten Welle der Pandemie gerechnet werden muss, während sie andernorts gerade erstmalig massiv um sich greift. Mithin ist auch noch keineswegs gesichert, dass der ökonomische Aufschwung, auf den zum Beispiel die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der EU zielen, die im Juli 2020 beschlossen worden sind, möglicherweise aber auch nochmals nachverhandelt werden müssen, so greifen werden, wie erhofft.

Angesichts der gleichsam „unter der Oberfläche“ der Corona-Krise weiter schwelenden multiplen Krisenprozesse sowie der Schwäche der politischen Linken, nicht nur in Europa, scheint die Vermutung von Ulrich Brand berechtigt, dass es kurzfristig allein darum geht, ob wir es zukünftig eher mit einem liberalen oder mit einem autoritären *Projekt eines grünen Kapitalismus zu tun bekommen*. Die Hoffnung ist dann, dass ein liberales Projekt die zukünftigen Spielräume linker Politik verbessern könnte.

Nun ist das mit der Hoffnung in Zeiten, in denen uns nach in diesem Punkt übereinstimmenden Einschätzungen innerhalb der Debatte der Linken, wieder einmal eine *passive Revolution droht*, so eine Sache. Der Gang der Ereignisse liefert uns ja eher zunehmend Anlässe für den *Pessimismus des Gedankens* als Anknüpfungspunkte für einen *Optimismus der Tat*.³¹ Man mag sich dann daran erinnern, dass Hannah Arendt bereits am Ende der 1950er Jahre von *der Ausweglosigkeit, in die unsere Welt geraten ist*, gesprochen hat. In ihren nachgelassenen *Schriften zur Politik* kann man das nachlesen. Sie hatte damals ihre Auseinandersetzung mit dem Marxismus; die sie zu einer Ehrenrettung Marxens begonnen hatte, abgebrochen.³² Ihre damalige Feststellung ist auch vor dem

³¹ Siehe dazu den Essay *Mit dem ‚Pessimismus des Gedankens‘ ringen, um weiter zuversichtlich politisch zu handeln* auf meiner Homepage (Martens 2018d).

³² Ähnlich wie Albert Camus in *Der Mensch in der Revolte* hat sie so den Marxismus, richtiger die verschiedenen Marxismen, vom Marxschen Denken unterschieden. In ihren nachgelassenen politischen Schriften bleibt für sie nach ihrer abgebrochenen Auseinandersetzung mit Marx zentral, dass sie bei ihm keinen substanziellen - und das heißt für sie letztlich existenziell begründeten - Freiheitsbegriff gefunden hat. Zu einem durchaus

Hintergrund ihrer Einschätzung zu verstehen, dass *die Oktober-Revolution die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts* und deshalb *die Tatsache, dass auch dieser Weg im Totalitären endete, die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters (gewesen ist)*. So hat sie das in ihrem *Denktagebuch* geschrieben.³³ Dagegen hat sie in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik auf *das Wunder der Politik* gesetzt, also die Befähigung der Menschen zum *Zusammenhandeln*. Vor dem Hintergrund ihrer als Realtrennung sicherlich problematischen Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln, geht es ihr dann darum, gegen die Gefahr (...), *dass das Politische überhaupt aus der Welt verschwindet* die Menschen zu handelnden Wesen zu machen. Will man das unter dem Label *Arbeit und Demokratie* auch auf die Sphäre der Arbeit beziehen, um Demokratie von einer Herrschaftsform zu einer Lebensweise weiter zu entwickeln – und ich setze dazu als langjähriger Arbeits- und Gewerkschaftsforscher immer wieder an -, muss man hier mit ihr gegen sie weiter denken - was ja im Übrigen für die Auseinandersetzung mit allen philosophischen Denker*innen gilt, ebenso wie für die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen wissenschaftlicher Analysen.

Ob nun die Corona Krise ein Fenster für Veränderungsimpulse geöffnet hat, mithin die Chance vergrößert, folgenreich über mögliche neue Ansatzpunkte für solche Veränderungen nachzudenken, werde ich in diesem Essay offen lassen. Aber es bietet sich an dieser Stelle an, noch einmal auf die höchst optimistische Prognose des Philosophen Markus Gabriel und die zutiefst nüchterne Bestandsaufnahme des Philosophen und Historikers Achille Mbembe zurückkommen, auf die ich gegen Ende meiner Einleitung zu sprechen gekommen bin. Wie man leicht sehen kann, sind es vor allem zwei markante Unterschiede in den Ausgangspunkten oder Standpunkten beider Autoren, die zu den so sehr entgegengesetzten Bildern führen, die sie von der gegenwärtigen Lage zeichnen:

Zum einen macht es einen ungeheuren Unterschied aus, ob man die gegenwärtigen Krisenentwicklungen, die Corona in ein neues Licht taucht, von einem noch wohl behüteten Ort in der Mitte Europas aus beobachtet, oder aber von einem Standort im Süden dieses Planeten aus, der nach fünf Jahrhunderten imperialer Ausbeutung und dann lange dynamischer industriekapitalistischer Entwicklung im Norden bzw. in den Staaten der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* aus betrachtet, eben einen sehr anderen Blickwinkel nahelegt. Kaum einer hat so prägnant wie Markus Gabriel die immer gegebene Beobachterabhängigkeit unserer prinzipiell wahrheitsfähigen Erkenntnisfähigkeit betont – und es sind sicherlich nicht zuletzt die unausweichlich

anderen Ergebnis kommt hingegen in jüngster Zeit Urs-Marti-Brander (2018) Zu meiner Auseinandersetzung mit Hannah Arendt und Albert Camus siehe Martens 2020b, 88-116.

³³ Wolf (2020a, 102f) stellt sie in den Zusammenhang der gescheiterten oder steckengebliebenen *großen transformatorischen Aufbrüche* von der Pariser Kommune über die Revolutionen in China, Jugoslawien oder Cuba, aber auch der *Durchsetzung des schwedischen Wohlfahrtsstaats oder des New Deal in den USA*.

immer subjektiven Ausgangspunkte beider Beobachter, die die markanten Unterschiede ihrer Beobachtung der Zeitläufte erklären.

Zum anderen macht es einen großen Unterschied, ob man sich allein mit der Professionalität des Philosophen und Erkenntnistheoretikers zu zeitgeschichtlichen Ereignissen äußert, oder aber auch die des Sozialwissenschaftlers, hier die des Historikers, zu Nutze machen kann. Im Fall des Philosophen Gabriel geht es offenbar nach der ersten europäischen Aufklärung nunmehr um eine zweite universalistische Aufklärung. Er verbindet die mit der gewiss etwas naiven Erwartung, dass sich eine solche *zweite Aufklärung an alle* und nicht mehr *gegen einige* richte. Sie ist deshalb naiv, weil sie das Vorhandensein unterschiedlicher und höchst handfester Interessen und Machtpositionen schlicht ausblendet. Im Fall des Historikers und Philosophen Mbembe kommen solche Einsichten in unsere immer noch zutiefst herrschaftsgeprägten gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tragen. Angesichts derer haben Einige immer noch Einiges zu verlieren, wenn es wirklich folgenreich zu einer zweiten Aufklärung käme. Der Sozialwissenschaftler hat ein sehr klares Bewusstsein davon, dass die Krisenentwicklungen der Zeit mit der Entfesselung der Märkte zu tun haben und dass Zugehörige zu herrschenden Eliten noch immer allen Anlass dafür sehen, dass man *zur Auszählung schreitet, dass man misst, die Leben wägt, und dass man sich derer entledigt, die offenbar nicht zählen*.³⁴ Eine genauere Erkenntnis solcher Herrschaftsverhältnisse setzt also immer noch voraus, dass man sich einen klaren Begriff von historisch weit zurückreichenden patriarchalen Herrschaftsstrukturen, unserem herrschaftlich geprägten Naturverhältnis und von unserer kapitalistischen Ökonomie macht. Nur so wird man ideologischen Blasen zu zerstören verstehen, hinter denen sich unsere soziale Wirklichkeit verbirgt.

Folgerichtig endet die Analyse von Mbembe mit einer zutiefst skeptischen Frage im Blick auf eine zunächst einmal durchaus nicht gerade hoffnungsfroh stimmende soziale Wirklichkeit, die wir im Zeichen der Corona-Pandemie vielleicht etwas klarer erkennen können als zuvor. Und das beste was man sagen kann, ist dann, dass die Zukunft gleichwohl offen ist, wie jede Zukunft das ist; Dann zeigt sich dass sich in dem *zersprengte(n) Ganze(n), ein(es) Flechtwerk(s) von Netzen, Fluten und Strömen*, das sich unterhalb der offiziellen Kartographien unserer Welt entwickelt, doch die Potenziale herausbilden, mittels derer wir Menschen im Wege unseres Zusammenhandelns vielleicht doch eine Besserung der sozialen Verhältnisse im Wege einer zunehmend nachhaltigen Entwicklung erreichen können.

Folgt man Mbembes Analyse, wird man sagen können, dass die Lage unserer *westlichen Zivilisationsgemeinschaft*, von deren vielleicht letzter Chance Arendt schon in den 1950er Jahren gesprochen hat, heute eher noch finsterer aussieht. Wenn Lieber mit seiner These Recht hat, dass *transformative Revolutionen (...) heute noch unwahrscheinlicher als Massenmobilisierungskriege (sind)*, und dann

³⁴ Im aktuellen politischen Diskurs dürften wenige Aussagen die Richtigkeit dieser Analyse so eindrücklich belegt haben, wie Donald Trumps Charakterisierung einiger Afrikanischer Staaten als *shithole-countries*.

gegen seine empirischen Befunde von der *entscheidenden Rolle der Gewerkschaften* für eine *neue politische Mobilisierungssprache* spricht, lässt er seine Leser jedenfalls mit einiger Ratlosigkeit zurück. Gegen das „Weiter-so“ des herrschenden Politikbetriebs in stets gleicher Weise weiter auf eine Mosaiklinke zu setzen, für deren Entstehen den Gewerkschaften, in ungebrochener marxistischer Tradition, eine entscheidende Rolle beigemessen wird, hilft nicht wirklich weiter. Dann liegt schon eher eine existenzialistische Haltung nahe, wie sie Frieder O. Wolf in seinem Aufruf *Bleibt mutig!* kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie in Richtung auf die neue Ökologiebewegung im Zeichen von *fridays for future* formuliert hat (Wolf 2020b). Darin hat er angesichts der Herausforderungen der Klimakrise geschrieben: *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen – und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen.* Und nach einer knappen Skizze der Lage schreibt er weiter: *Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstrukturen konkret und wirksam politisch zu thematisieren* - und bei Wolf (2002) geht es im Sinne seiner *radikalen Philosophie* um umfassende Herrschaftskritik - *und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht.*

Die Verknüpfung höchst unterschiedlicher Handlungsansätze, zu denen es gegenwärtig, wie oben umrissen, zum Teil bemerkenswerte soziale Bewegungen gibt, wäre aber jedenfalls zur Entfaltung von so etwas wie einer neuen ‚Mosaiklinken‘ erforderlich – und die wichtigsten Impulse dazu kommen – ähnlich wie schon 1968 – von außerhalb der längst Institution gewordenen, ja inzwischen auch schon von erheblichen Prozessen der Entinstitutionalisierung betroffenen Organisationen der alten, vergangenen Arbeiterbewegung. Allerdings heißt das keinesfalls, dass in der Sphäre der Erwerbsarbeit sozusagen alles erstarrt ist. Es sei daran erinnert, dass zu Beginn der 1970er Jahre, angesichts der Krise des Fordismus die einschlägig forschenden Industriesoziologen von neu aufbrechenden sozialen Konflikten schwer überrascht worden sind – woraufhin dann nicht wenige unter ihnen vom *Resurgence of Class-Conflict in Western Europe* gesprochen und geträumt haben. Ich habe oben von Integrationsprozessen in die herrschende Ordnung gesprochen, die in den seither fünfzig Jahren weiter vorangeschritten sind – ebenso wie von den stetig vorangeschrittenen neuen sozialen Spaltungsprozessen. Heute müssen wir uns im Zeichen von *Industrie und Arbeit 4.0* auf eine neue Welle der Digitalisierung einstellen. Die Prognosen darüber, in welchem Umfang in deren Zuge menschliche Arbeit ersetzt werden wird, variieren außerordentlich. Aber neue Konfliktpotenziale bauen sich zweifelsfrei auf. Es könnte zukünftig wirklich um die Arendtsche Frage gehen, was eigentlich aus einer Arbeitsgesellschaft wird, der die Arbeit ausgeht – eben nicht in dem Sinne, dass angesichts des weiter wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, der dieser Entwicklung ja zugrunde liegt, dringlich neue ‚sinnfreie‘ Formen von Erwerbsarbeit kreiert werden müssten. *Die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht* – so Arendts berühmte Formulierung am Schluss ihrer Einleitung zu *Vita activa* - muss ja nicht verhängnisvoll sein, wie sie meint. Sie bietet

vielmehr auch die große Chance, dann wenn in wachsendem Maße Befreiung nicht nur in der sondern auch von der Arbeit möglich wird, Sinnfragen in einer grundlegenden Weise neu stellen und sich so des Imaginären unserer herrschenden institutionell befestigten Ordnung der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften bewusst zu werden.

Aber dies sind etwas spekulative Fragen in Bezug auf Zukunftsentwicklungen in der Sphäre von Erwerbsarbeit, die dann doch darauf zielen, deren höchst bedeutsamen, ja zentralen Stellenwert für eine große gesellschaftliche Transformation von neuem ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Es empfiehlt sich, zunächst einmal in der Gegenwart zu bleiben, also bei den neuen sozialen Bewegungen, die in ihr Veränderungspotenzial entfalten können. Kämen sie und ihre möglichen Vernetzungen weiter voran und würden die in ihr weitergehend artikulierten politischen Alternativen breiter in die Öffentlichkeit getragen, müssten auch die Spielräume für eine progressiven Politik innerhalb der Gewerkschaften wieder wachsen. *Arbeit und Demokratie* ist schon heute ein Thema mit erheblichem Potenzial. Die skizzierten Zukunftsrisiken und Chancen werden hinzu kommen. Sie könnten dann auch zunehmende Attraktivität für die Gewerkschaften als Organisationen der lebendigen Arbeit - die sie ja immer noch sind, unbeschadet ihrer weitgehenden Integration in die herrschende gesellschaftspolitische Ordnung – ermöglichen. Und möglicherweise müssten wir dann nicht nur über eine Erneuerung des politischen Mandats der Gewerkschaften sprechen und schreiben. Wir könnten es dann vielleicht doch noch erleben.

Literatur

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München (dt. Erstausgabe 1961)
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. Von U. Ludz, München-Zürich
 - (1998): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München (dt. Erstausgabe 1979)
 - (2003): Denktagebuch (Hgg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, München-Zürich (dt. Erstauflage 2002)
- Aulenbacher, B.; Burawoy, M.; Dörre, K.; Sittel, J. (Hg.) (2017): Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft, Frankfurt am Main
- Benjamin, W. (1972): Gesammelte Schriften, Frankfurt am Main, I.2, S. 697ff
- Bergmann, G.; Daub, J.; Özdemir, F. (Hg.): Wirtschaft demokratisch. Teilhabe, Mitwirkung, Verantwortung, Göttingen
- Brand, U. (2020): Umkämpfter Green Deal. Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus. Für ein linkes Verständnis von Freiheit, in: Sozialismus 7/8 2020, S. 2-6
- Busch, K. (2020): Wiederaufbaufonds – Rettung der EU?. In: Sozialismus 7/8 2020, S. 7-14
- Camus, A. (2016): Der Mensch in der Revolte, Reinbek bei Hamburg, 31. Auflage
- Castoriadis, C. (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main
- (2016): Die ungarische Quelle, in: ders.: Ungarn 56. Die ungarische Revolution, Lich/Hessen., S. 67-103
- Elias, N. (1980): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 7. Auflage, 2 Bände (Erstauflage 1969), Frankfurt am Main
- Gabriel, M. (2020): Aufbruch in eine neue Ära. Wir sind mitten in einer historischen Zeitenwende. Sagt der Philosoph Markus Gabriel, Interview mit Lothar Schröder, in: RN 05.08. 2020
- Horx, M. (2020): Die Welt nach Corona. Die Rückwärts-Prognose. Wäre wir uns wundern werden, wenn die Krise ‚vorbei‘ ist. in Ruhrnachrichten, 21. 03. 2020.
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin., 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Illouz, E. (2020): Versprechen einer Welt danach. Der Kapitalismus und seine Protagonisten haben uns einer globalen Katastrophe ausgesetzt. Aber ohne Gesundheit kann es keine Wirtschaft geben. Plädoyer für einen neuen gesellschaftsvertrag, SZ 24.03. 2020
- Keynes, J. M. (2006). Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 10. Aufl. Berlin
- (2007). Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder, in: Reuter, N. (Hg.): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität: Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen gestern und morgen. Marburg, S. 135–147
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, Lem, S. (1984): In der Höhle der Zivilisation, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S. 235-289
- (1984): Die Leidenschaft des Philosophierens, in: Lem über Lem. Stanislaw Lem – Stanislaw Beres. Gespräche, Frankfurt am Main, S.321-386
- Lieber, C. (2020): Krise und ‚Normalität‘, Was kann uns die Kritik der politischen Ökonomie zur Corona-Krise sagen? in: Sozialismus 06/2020, S. 45-51
- Martens, H. (2017): In beunruhigender und unheimlicher Zeit -oder: es gilt, uns unsere soziale Raumzeit zu vergegenwärtigen, www.drhelmutmartens.de
- (2018a): Neue Arbeit – Neue Wirtschaftsdemokratie. Gegen die ‚marktkonforme Demokratie‘ für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft, in: Demirovic, A. (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster
 - (2018b): Auswege aus dem gewerkschaftlichen ‚Gefangenendilemma‘? Zu Hans-Jürgen Urbans Transformationsüberlegungen, in Sozialismus 2/2018, S.50-54

- (2018c). Öffentliche Soziologie als sozialwissenschaftliche Antwort auf das neoliberale Rollback? Fragen und weiterführende Überlegungen zu einer aktuellen Debatte in konstruktiv-kritischer Absicht; www.drhelmutmartens.de
 - (2018d). Mit dem ‚Pessimismus des Gedankens‘ ringen, um weiter zuversichtlich politisch zu handeln, www.drhelmutmartens.de
 - (2019): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 230, S. 36-71
 - (2020a): Ich bin und ich habe mich nie, aber wir werden doch! Reflexionen aus Anlass von Markus Gabriels These, dass es die Welt nicht gibt – ein Essay, www.drhelmutmartens.de
 - (2020b): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
- Marti-Brander, Urs (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg
- Marx, K. (1969/70) Das Kapital, Band 1–3 Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 23-25, Berlin
- Mbembe, A. (2020): Die Leben wägen. Covid 19 hat eine Reihe von dunklen Ahnungen bekräftigt, hat uns das Chaos, die Gewalt und die Ungerechtigkeit vor Augen geführt, die die Welt strukturieren, in: SZ 05.08. 20230
- Negt, O. (2011): Warum sind Krisenzeiten selten Erkenntniszeiten? Ein Gespräch mit Oskar Negt über blockierte Lernprozesse, gesellschaftliche Urteilskraft und Demokratie als Lebensform, In: Sozialismus4/2011, S. 52-56
- Pirker, T. (1960): Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bände, München, (Nachdruck Berlin 1979)
- Ptak, R. (2006): Der „Epochenbruch“ im Kontext des neoliberalen Projekts, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. O. (Hg.) (2006): Turnaround ? Strategien für eine Neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster, S. 210-227
- Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Sceplabi, M. (1973): Das Gesellschaftsbild der Gewerkschaften, Stuttgart
- Thompson, E. P. The Making of the English Working Class, Harmondsworth 1968 (Erstauflage 1963)
- Urban, H.-J. (2020): Transformation als Bewährungsprobe. Warum weine sozial-ökologische Reformallianz eine unverzichtbare, aber schwierige Angelegenheit bleibt, in: Sozialismus 9/2020, S. 34-41
- Vester, M. (1975): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 bis 1848, Frankfurt am Main (Erstauflage 1970)
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Werkmeister, O.K. (1981): Walter Benjamin, Paul Klee und der ‚Engel der Geschichte‘, In: ders.: Versuche über Paul Klee, Frankfurt am Main, S. 98-123
- Wolf, F. O. ((2002) Radikale Philosophie, Münster
- (2020a): Ecology, Finite Marxism and Socialist Politics. A Collection of Interventions; Berlin (Manuskript, Veröffentlichung in Vorbereitung)
 - (2020b): Bleibt Mutig! Klimakrise. So gigantisch die Aufgabe scheint, sie muss angegangen werden, Der Freitag, 27.02. 2020, S. 14
- Zeh, J. (2020): Es gibt immer eine Alternative, SZ 4./5. 04. 2020
- Zinn, K. G. (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg